

**Zeitschrift:** Die Vorkämpferin : verficht die Interessen der arbeitenden Frauen  
**Herausgeber:** Frauenkommission der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz  
**Band:** 12 (1917)  
**Heft:** 8

**Artikel:** Vom ausserordentlichen Parteitag in Bern  
**Autor:** [s.n.]  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-351359>

#### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 17.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Nutzanwendung zieht, daß all diesen Auswüchsen der Geld- und u. Profitinteressenolidarität gegenüber, die immer wieder die nötige Plattform findet, um das Volk auszusaugen, es drunten in der Tiefe zu halten, nichts anderes gibt, als die Solidarität der Gesamtarbeiterchaft über die Landesgrenzen hinaus, denen ist tatsächlich nicht zu helfen. Aber nicht nur die Arbeiter haben das zu lernen, sondern die Vertreter derselben in den Behörden, in den Kommissionen, in den Genossenschaften; sie bemühen sich stets neutral zu sein, glauben in ihrer Ehrlichkeit dem Volksgenossen gegenüber handeln zu müssen und vergessen sehr oft, daß die Interessen der andern schon mehr wie genug vertreten werden, daß all die Vertreter der bestehenden Klasse wirkliche Klassenolidarität kennen und ausüben, sie haben schon längst ihre unfreiwilligen Lehrmeister überflügelt.

Darum soll es endlich genug sein mit der gutmütigen Ehrlichkeit. Es gibt keine Volksolidarität, es gibt nur eine Klassenolidarität, und diese hat die Arbeiterschaft restlos auszuüben, will sie die kommenden Zeiten überstehen und von der Anarchie der heutigen Profitwirtschaft zur Sozialisierung der Gesellschaft kommen, in einer Gesellschaft, in der das Wort: „Einer für alle, alle für einen“ keine hohle Phrase mehr ist. R. B.

## Vom außerordentlichen Parteitag in Bern.

Nicht nur in unsren eigenen Parteikreisen sah man mit Spannung dem Entscheid entgegen; auch im Bürgertum wurde das Resultat — natürlich nicht mit Sehnsucht — aber mit Wutchnauben und Zähneknirschen erwartet. Aus der Ouvertüre hatten sowohl die einen, wie die andern eher auf einen tragischen Ausgang — die Parteispaltung — geschlossen oder gehofft; alle unterschätzten aber die echten guten Grundlinien: Die Kriegsereignisse, die antimilitärische Propaganda der Militaristen und nicht zuletzt die gründliche Auflärungring, die möglich war, weil man nicht durch einen unvorbereiteten Schachzug einfach die Leute vor einen urplötzlichen Entscheid gestellt hatte, wie von der äußersten Linken sowohl als von der Rechten ursprünglich beabsichtigt war.

Die Leserinnen der „Vorkämpferin“ wissen ja schon aus der Parteipresse — vielleicht auch aus bürgerlichen Blättern —, daß die übergroße Mehrheit, das heißt drei Viertel der Delegierten, sowohl den Kientaler Beschlüssen als den grundsätzlich begründeten Anträgen auf Ablehnung der Vaterlandsverteidigung zustimmten. Aber nicht alle Leserinnen haben Zeit, noch Lust, die ausführlichen Berichterstattungen zu verfolgen. Diesen wollen wir hier nur in aller Kürze mitteilen, daß die Genossinnen an diesem Parteitag keine geringe Rolle spielten, zum großen Verger aller Spießer, Kleinbürger und gegangenen einstigen Auchi-Sozialdemokraten, die nicht nur mit beiden Beinen auf nationalem Boden stehen, sondern dem Vaterland mit Herz und Hand — und mit dem bisschen Verstand — ewige Treue geschworen haben. Es darf hier daran erinnert werden, daß schon 1915, als die klare Scheidung begann, die Genossinnen vor und am Parteitag mitwirkten, daß die Partei eine klare internationale Haltung einnehme. Es waren Genossinnen, die der damaligen Vertreterin in der Geschäftsleitung Vorhalte machten, daß sie nicht Zimmerwald zugestimmt hatte; die weiblichen Delegierten nahmen in der Einheitsfrage eine durchaus geschlossene Stellung ein, zum Verger der verbissenen Grütlianer. Es war also durchaus gegeben, daß nun in der Folge auch die weitern Konsequenzen gezogen wurden.

Über als ein wirklich gutes Zeichen für die Partei und unsere klassenbewußt forschreitende Arbeiterinnenbewegung darf es bezeichnet werden, daß sowohl von den Generalrednern zu den Beschlüssen Kiental und Beschickung der Stockholmer Konferenzen, als auch Militärfrage je eine

Genossin (Rosa Bloch und Rosa Grimm) bezeichnet wurden, deren Voten sich zum mindesten auf einem ebenso hohen Niveau bewegten, wie die der männlichen Redner. Wenn je wieder gegen uns der Vorwurf erhoben wird, wir Frauen, wir könnten nicht sachlich diskutieren, wir würden zu leicht persönlich, dann können wir auf das Vorspiel und einen Zwischenakt dieses Parteitages verweisen, wo der Zivilkampf zu einem persönlichen Streit ausartete, und wo am Parteitag selbst ein Genosse (Sekretär Ztg. Bern) diese häßlichste Form der Erörterung sachlicher Meinungsdiscrepanzen (gegen Genossin Grimm) gebrauchte. Als wirklich abschreckendes Beispiel wollen wir dies hier festnageln. Dem Berichterstatter der bürgerlichen „Zürcher Post“, der endlich seinen Abschied von uns genommen, scheinen Frauen und Jugendliche mit Gründlichkeit auf die Nerven zu geben. Daß sein ausgeprägtes Nationalempfinden nur harte Rehlaute verträgt, ist verständlich, ebenso leicht erklärlich, daß jedes fremdländische Idiom, auch wenn es von Schweizerbürgerinnen gesprochen wird, sein nur für Schweizerdeutsch geeichtes Ohr, verletzt. Bei den Mitpatrioten findet er selbstverständlich verständnisinnige Zustimmung; wir weinen ihm keine Träne nach, freuen uns im Gegenteil, daß der bürgerliche Blätterwald die Meldungen des Preszbüraus Enderli nicht mehr als die Stimme eines Auchi-Sozialdemokraten deklarieren kann.

Gerade an diesem Beispiel zeigt sich deutlich, wie wichtig nicht nur für uns, sondern auch für unsere Brüderparteien die klare Stellungnahme ist. Könnten auch in den kriegsführenden Ländern die Parteien selbst entscheiden, dann würde sich bald zeigen, daß die sogenannten Mehrheitler nicht die wirklich große Masse der Arbeiter hinter sich haben. Deshalb ist es wichtig — und das wurde vielleicht zu wenig betont —, daß die Regierungssozialpatrioten, soweit wie die Regierungen selbst dem Krieg Einhalt gebieten können, nachdem sie fortwährend zum Durchhalten, zum Aufgeben des Klassenkampfes gepredigt, daß sie aber gerne die Oppositionellen als Brücke benutzen möchten, um sich den Schein zu geben, als wirkten sie für den Frieden. Werden sie aber enttarnt, d. h. gelingt es ihnen nicht, zusammen mit denen, die sie bis jetzt verraten und bekämpft, Friedenskonferenzen abzuhalten, dann werden endlich auch jene Arbeitermassen, die ihnen im guten Glauben, bisher treue blinde Gefolgschaft leisteten, sehend. Nur so ist der wirklich revolutionäre Kampf für den Frieden möglich.

Und deshalb konnte der Vermittlungsantrag der Genossin Hüni nicht angenommen werden. Sie möchte — wie einst der gute Niklaus von der Flüe — den Meinungsein, den vorhergegangenen heftigen Kampf zwischen den Richtungen zu schlichten. Aber hier galt es nicht zu versöhnen, sondern zu entscheiden und zwar, einmal Zimmerwald und Kiental zugestimmt, in dieser Richtung aufwärts und vorwärts schreitend.

Freilich wäre es durchaus verkehrt, wenn man nun die getroffenen Beschlüsse als einen „Sieg“ bezeichnen wollte. Nein, sie sind erst Anfangs- und nicht Schlußpunkte. Zur Durchführung bedarf es vor allem nun der „planmäßigen Aufklärung“. Diejenigen, die da meinen nun sei ja Beschluss gefasst über die Militärfrage, nun müsse wieder etwas „Neues“ erfunden werden, betrachten unsere Bewegung als Sensation und nicht als ernsten Kampf um eine andere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. — ob —

## X Frauenstimmrecht.

Zahlreich, wie der Sand am Meere, sind noch heute die Gegner des Frauenstimmrechts. Nicht nur in bürgerlichen Kreisen, nein, auch in der eigenen Partei stoßen wir immer wieder auf hartnäckigen Widerstand. Es dürfte nun doch von einem Interesse sein, die Gründe, welche die Gegner des Stimm- und Wahlrechts der Frauen ins Feld führen, etwas unter die Lupe zu nehmen und auf ihre Stichhaltigkeit zu prüfen.